

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

8 (25.2.1948)

und
aus-
und
von

ihm
ar-er
n der
vor-
ruae,
heim,
at in
u 18
urde,
Krü-
ndet,
a ge-
ktor,

die
ist,
viele
l-wir
fal-
keit
ver-
ri-ri-
man
wure
man
-t-

ne

rend
a tut
zur
enig-
die
amen

ewe-
ngen,
ußte,
ister
rdi-
fin-
eute

an-
Er
, so
und
eines

ich
Par-
fand
ord-

daß
von
ndet,

B in
rats
und
om-
wiß,
e ler
wa-

All-
ver-
hter
tzer
An-
en-
noch
rnte
gen.
ann
ung
Ge-
ngen
eils-
enn
daß
gen-
isch
ann
adt,

ume
Be-

den

artel
den,
kurt
ann-
4-6,
der
ürt-

Badisches

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 8

Mannheim, 25. Februar 1948

Preis 15 Pfg.

Gegen undemokratische Verbote

Protest der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD

(EB) Anlässlich der Verbote kommunistischer Zeitungen und darüber hinaus zahlreicher Aktionen gegen die fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands richtete die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD an die Besatzungsbehörden folgenden Brief:

- An die amerikanische Militärregierung in Deutschland.
- An die britische Militärregierung in Deutschland.
- An die französische Militärregierung in Deutschland.
- An die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland.
- An den Alliierten Kontrollrat in Deutschland.

Im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) erheben die unterzeichneten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft bei den Militärregierungen in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone bei dem Alliierten Kontrollrat in Berlin Protest gegen Verbotsmaßnahmen der Militärregierungen in der amerikanischen, britischen und französischen Zone, die gegen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, gegen die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft SED - KPD, gegen die Einreise führender Politiker in die britische Zone und gegen eine Anzahl namhaft gemachter Druckerzeugnisse (Bücher, Broschüren und Zeitungen) gerichtet sind.

Diese Verbotsmaßnahmen widersprechen den demokratischen Grundsätzen, die in dem Potsdamer Abkommen der alliierten Mächte dem deutschen Volk zugesichert wurden. Die Verbote richten sich in eindeutiger Weise gegen die KPD und gegen die SED, während die anderen Parteien solchen einengenden Beschränkungen ihrer Tätigkeit nicht ausgesetzt sind. Die Verbote erscheinen somit als gewisse Strafmaßnahmen gegen die beiden Parteien, weil sie gegen die durch die Frankfurter Beschlüsse vom 7. und 8. Januar gefährdete Einheit Deutschlands auftraten und weil sie sich gegen die mit dem Marshallplan verbundene Beschneidung der Freiheit in der wirt-

schaftlichen Entwicklung Deutschlands aussprechen.

Die Urterzeichneten richteten deshalb das Ersuchen an die Militärregierungen der amerikanischen, britischen und französischen Zone, an die sowjetische Militärverwaltung und an den Alliierten Kontrollrat, die getrof-

fenen Verbotsmaßnahmen gegen die Tätigkeit der KPD und der SED in der amerikanischen, britischen und französischen Zone aufzuheben.

Berlin, 17. Februar 1948.

gez. Wilhelm Pieck
Otto Grotewohl
Max Reimann.

Deutschlands Einheit? — Ja! Deutscher Volkskongreß? — Ja!

Unsere Leser sagen ihre Meinung über den Deutschen Volkskongreß

Aus der Fülle von Zuschriften, die wir bereits auf die Rundfrage in unserer letzten Nummer:

„Wie stehen Sie zur Einheit Deutschlands und was halten Sie vom Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden?“

erhielten, greifen wir einige heraus. W. Brügel, Fürsorge-Obersekr. a. D., Mannheim-Friedrichsfeld, schreibt uns u. a.: „Ich bin entschieden für die Einheit Deutschlands. Die Vielstaaterei und die Vier-Zonen-Spaltung ist m. E. in jeder Beziehung ein großer Nachteil sowohl in finanzieller wie persönlicher Hinsicht.“

J. Morgenthaler aus Wössingen, Kreis Karlsruhe, erklärt: „Ich und meine Frau Magdalena stehen zur Einheit Deutschlands, und nur im Rahmen, wie ihn der Volkskongreß vertritt, ist dies möglich. Daher ist er voll am Platze.“

Philipp Schmitt, Frieda Schmitt, Eleonore Schmitt, Erwin Schmitt aus Mannheim schreiben: „Wir bekennen uns mit großer Freude und Zuversicht

zum Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Unseren Gruß dem 2. Deutschen Volkskongreß am 18. März 1948 in Berlin. Wir verlangen eine sofort durchzuführende Volksabstimmung, an welcher das ganze deutsche Volk teilnehmen soll.“

Der 14jährige Volksschüler Roland Straub, Mannheim, antwortet auf unsere Rundfrage:

„Eine deutsche Einheit ist unbedingt notwendig, gerade in der heutigen Zeit. Ein zerrissenes Land dient nur zum Spielball und zur Geldquelle anderer. Was ist die Ruhr-Schwerindustrie ohne die Feinmechanik Sachsens? Was sind die Mannheimer Autofabriken ohne die Feinmechanik Sachsens? Deutschland war ein einheitliches Land und muß es wieder werden. Oder soll das alte separatistische und fürstliche Gezerre der einzelnen Länder wieder aufleben? Oder will man etwa mit einer wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen und herabgewirtschafteten Mißgeburt wie Bizonenien, diesem Gewächs mit un-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Massenbewegung für Deutschen Volkskongreß

Einleitung eines Volksbegehrens — Ständiger Ausschuß wird erweitert

(EB) Auf einer Pressekonferenz des ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses gaben Wilhelm Pieck und Dr. Wilhelm Külz Aufschlüsse über die Vorbereitung des Deutschen Volkskongresses am 17. und 18. März in Berlin.

Zur Verstärkung des Kampfes gegen die vermehrten Spaltungsmaßnahmen im Westen ist die Erweiterung des bisher 80 Köpfe umfassenden Ständigen Ausschusses auf 300 bis 400 Mitglieder vorgesehen.

Im übrigen wurde auf der Pressekonferenz festgestellt, daß die systematischen Verbote der Volkskongreßversammlungen durch die westliche Militärregierungen nur dazu beigetragen haben, der Massenbewegung einen neuer starken Auftrieb zu geben.

Die der Pressekonferenz vorausgegangene Sitzung des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses bereitete die Tagesordnung für die 2. Tagung des Deutschen Volkskongresses vor. Er stellte fest, daß sich die auf eine Spaltung Deutschlands gerichteten Maßnahmen in den westlichen Besatzungszonen in den letzten Wochen erheblich gesteigert haben. Damit wachsen auch die Aufgaben, die dem Deutschen Volkskongreß als Vertretung des deutschen Volkes für die Schaffung der politischen, wirtschaftlichen Einheit und für die Vorberei-

tung einer Stellungnahme zu den künftigen Friedensbedingungen zufallen. Der Deutsche Volkskongreß wird daher Körperschaften wählen, die diese Aufgaben ständig zu bearbeiten haben.

Der Ständige Ausschuß wird dem Volkskongreß vorschlagen, ein Volksbegehren für die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands einzuleiten.

Clara Viebig zum Verbot der Kongreß-Bewegung im US-Sektor

(EB) „Ich bin befremdet und enttäuscht, daß die Volkskongreß-Bewegung von Oberst Howley verboten wurde“, schreibt die Schriftstellerin Clara Viebig zu Oberst Howleys Verbot der Volkskongreß-Bewegung für den US-Sektor Berlins. „Es ist für mich selbstverständlich“, betont sie, „an das ganze Deutschland zu denken, wie ich auch für das ganze Deutschland geschrieben habe. Seine Zerreißung in vier Zonen halte ich für ein Unglück. Ich bekenne mich hiermit noch einmal feierlich zum Gedanken des Friedens und der Einheit meines Vaterlandes. In meinem hohen Alter habe ich keine größere Sehnsucht als die Erfüllung meines Wunsches nach einem ungeteilten Deutschland.“

Frankfurter Exekutivrat beansprucht 15 000 Bettücher

(EB) Nach der Auffindung eines Lagers von 15 000 Bettüchern wurde vom Wirtschaftsamt erklärt, daß diese nicht beschlagnahmt werden könnten, da sie für den Bedarf des Exekutivrates bereitstünden. Nach den Angaben des Vorsitzenden des Exekutivrates, Staatsrat Dr. Seelos, werden zur Zeit 2200 Angestellte für die gesamte bizonale Verwaltung in Frankfurt a. M. beschäftigt. Auf jeden Angestellten kämen demnach mehr als sechs Bettücher, während viele Tausende in Not und Elend leben und auf nacktem Stroh liegen müssen.

SPD-Redakteur gegen separate Währungsreform

(EB) Es gibt nur eine Lösung für alle unsere Probleme: die Herstellung der deutschen Einheit und eine gesamtdeutsche Währungsreform. Die Voraussetzungen dafür sind Bodenreform und Sozialisierung, sagte Dr. Walter Girth, der Wirtschaftsredakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, auf einer SPD-Versammlung in Bordesholm.

Brecht das Doppeljoch einzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit! Freiheit Brot!

Herwegh

Gefährliche Erzieher

Von Gerhard Eisler

Einem Artikel des deutschen antifaschistischen Schriftstellers Gerhard Eisler — der durch reaktionäre Kräfte in Amerika seit 1 1/2 Jahren widerrechtlich an seiner Rückreise nach Deutschland gehindert wird — aus dem „German-American“ vom 21. 12. 47 entnehmen wir:

Es gibt eine ganze Menge Amerikaner, die den Deutschen viele wertvolle Ratschläge geben könnten. Unglücklicherweise haben solche Amerikaner im Augenblick nichts oder nur wenig zu sagen. Wenn es so weitergeht wie jetzt, dann wird es notwendig werden, daß fortschrittliche Deutsche gegen die Verfolgung fortschrittlich gesinnter Amerikaner protestieren. Die amerikanischen Gefängnisse füllen sich langsam an mit Amerikanern, die die Opfer der Hetze und der Verfolgung solcher reaktionärer Banditen sind wie Mr. Parnell Thomas und John Rankin.

Die deutschen Arbeiter und die deutschen Gewerkschafter tun gut daran, den „Ratschlägen“ von amerikanischen Reaktionären, die die jetzige Besatzungspolitik in der amerikanischen Zone bestimmen, nicht einen Augenblick zu trauen. Diese „Erzieher“ hassen selbständig denkende und handelnde Arbeiter und jede von den Kapitalisten unabhängige Arbeiterbewegung. Ein Arbeiter, der vor den Kapitalisten kriecht, ist ein guter Arbeiter; ein Arbeiter, der für eine Gesellschaftsordnung kämpft, in der es keine Ausbeutung gibt, ist ein schlechter Arbeiter. Wer Gelegenheit hat, die amerikanische Presse zu studieren, wird diesen unbändigen Haß gegen jede selbständig denkende und handelnde Arbeiterbewegung sehr leicht entdecken.

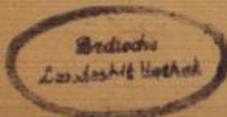
Es wäre natürlich ungerecht, nicht festzustellen, daß Millionen Amerikaner ganz anders denken als die amerikanische Reaktion und die Presse. Aber nicht der wirklich demokratische Geist dieser Millionen, sondern der reaktionäre Ungeist der amerikanischen Großkapitalisten und ihrer Handlanger regiert die amerikanische Politik.

Was folgt daraus für die deutschen Arbeiter? Eine sehr einfache Konsequenz, nämlich, das Gegenteil dessen für richtig zu halten, was die amerikanischen Reaktionäre ihnen raten. Sie sind für die Aufrechterhaltung der Spaltung der deutschen Arbeiter, für gespaltene Gewerkschaften, für eine gespaltene politische Arbeiterbewegung, kurz, für den Kampf zwischen den deutschen Arbeitern. Das allein sollte den deutschen Arbeitern genügen, um einen Weg zur Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu finden — und das so rasch als möglich! Ohne das ist eine fortschrittliche, demokratische deutsche Republik unter der Führung der Arbeiter nicht möglich.

Der Weg ihrer Demokratie — mit Verboten gepflastert!

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in den Westzonen	verboten
Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in der gesamten US-Zone	verboten
in der französischen Zone	verboten
Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in den Westsektoren Berlins	verboten
„Westdeutsches Volksecho“ Dortmund auf 4 Wochen	verboten
„Hamburger Volkszeitung“	verboten
Düsseldorfer „Freiheit“	verboten
„Niedersächsische Volksstimme“	verboten
wurde auf 3 Monate	verboten
„Unser Tag“ in Südbaden 15 Tage	verboten
Sämtliche Publikationen der KPD in Bremen für 23 Tage	verboten
Dutzende von Büchern, darunter das wissenschaftliche Werk Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ für das Land Niedersachsen	verboten
Rundfunkrede des Vorsitzenden der KPD Nordbaden, Willy Grimm, in Stuttgart	verboten
Lessings „Minna von Barnhelm“ und Zuckmayers „Hautmann von Köpenick“ in der ganzen französischen Zone	verboten

Das ist die vielgerühmte „Freiheit der Persönlichkeit“ im Westen!



(Fortsetzung von Seite 1)

glücklicherweise Frankfurt, der Stadt Goethes, als Hauptstadt, will man damit ein Deutschland repräsentieren? Nie!

2. Um aber Deutschland wieder zusammenzuschweißen, ist nur eines notwendig: Stärkung des Volkskongresses, dieses Bundes ehrlicher deutscher Menschen, die ihr Vaterland lieben und für es kämpfen. Nur in einer Zone ist er zugelassen. Nur in einer Zone kann der Kongreß tätig sein. Die Westländer haben die Tätigkeit des Kongresses als kommunistisch bezeichnet und in ihren Zonen verboten. Aber auch wir sagen „Ja“ zum Volkskongreß, denn wir sind Deutsche. Und noch erhalten wir hier das Wochenblatt des Volkskongresses, „Deutschlands Stimme“. Und, wie einer der fortschrittlichsten Amerikaner, Abraham Lincoln, gesagt hatte: „Die Feder ist stärker als das Schwert“. Darum, Deutsche, stärke die Reihen des Volkskongresses! Bergmann von der Ruhr, Männer aus den Fabriken, Bauern auf dem Lande, kommt zur Volksbewegung für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden!

Deutschlands Einheit? Ja!
Deutscher Volkskongreß? Ja!

Karl Pape, Ostersheim: „Nur die Einheit Deutschlands ist zur Erhaltung des Vaterlandes notwendig, damit wir in einem gerechten Frieden leben können, daß wir arbeiten und gesunden können. Deshalb ist der Deutsche Volkskongreß notwendig und ist oberstes Gebot jedes gesund denkenden Deutschen.“

Hans Bastian, Heidelberg: „Jeder anständige Deutsche muß für die Einheit Deutschlands eintreten. Wofür unsere Großväter 1848 auf die Barrikaden gingen, müssen auch wir bis zum letzten kämpfen. Darum unterstütze auch ich den Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Es gilt, alles aufzubieten, damit auch in Baden ein Kongreß stattfindet. Allen Landesverrätern zum Trotz.“

Willi Koch, Mannheim: „Meine Meinung drücke ich in drei Sätzen aus: Die Einheit Deutschlands ist das Fundament einer demokratischen Neuordnung. Nur die Einheit Deutschlands sichert die Lebensrechte des deutschen Volkes. Wer den Willen des deutschen Volkes zur Einheit sabotiert, ist gegen einen gerechten Frieden und verneint die Demokratie. — Deshalb: Volkskongreß und Volksabstimmung!“

Elternbeiräte in den Oberschulen

Diktatorische Berufung statt demokratische Wahl

Die Eltern der Schüler der Lessingschule in Mannheim wählten am 19. Februar je drei Vertreter in jeder Klasse als Grundlage für einen Elternbeirat der Schule. Jedoch wer beschrieb ihre Verwunderung, als sie feststellen mußten, daß auf Grund eines ministeriellen Erlasses aus den von ihnen gewählten 66 Vertretern der endgültige Elternbeirat von 9 Personen nicht etwa durch eine demokratische Wahl hervorgeht, sondern durch den Direktor der Schule ausgewählt, berufen und bestimmt werden soll. Gegen diesen Rückfall in das „Führerprinzip“ wurde allgemein protestiert und die Eltern verlangten in einigen Klassen die Wahl des Elternbeirates durch die 66 gewählten Klassenvertreter selber.

Auf die geplante diktatorische Weise kämen die reaktionären Kräfte an den Oberschulen zu gefügigen Elternbeiräten, die sich dann ohne weitere Umstände in den von ihnen hartnäckig betriebenen Kampf gegen die Schulreform einspannen ließen. Die Elternschaft lehnt eine diktatorische „Berufung“ von Elternbeiräten ab und wird mit wachem Interesse der Spur dieses totalitären Erlasses der Ministerialbürokratie nachgehen.

Alle Personen, die über das politische Verhalten des früheren Kreisleiters der NSDAP Mannheim, H. Schneider, Auskunft geben können oder schriftliche Unterlagen hierüber im Besitze haben, werden gebeten, sich bei der Dienststelle des Öffentlichen Klägers in Mannheim, K 5, Zimmer 5, zu melden.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Herausgegeben mit Genehmigung der Fachlichen Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 20 000.

Wahlsieg für Wallace

„Dritte Partei“ wird erste Partei - Abkehr von Trumans Außenpolitik

(UP-RdFk.) Bei Nachwahlen zum Kongreß in dem New Yorker Stadtteil Bronx erhielt der von dem ehemaligen Außenminister und Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace und der neugeschaffenen „Dritten Partei“ unterstützte Kandidat der Amerikanischen Arbeiterpartei (ALP), der Rechtsanwalt Leo Isacson, eine überwältigende Mehrheit. Der Wahlbezirk Bronx hatte seit Jahren nur Demokraten gewählt. Trotzdem erhielt der Demokrat Propper, für den Frau Roosevelt und der Oberbürgermeister von New York eintraten, nur wenig Stimmen. Im einzelnen entfielen auf: den Kandidaten der ALP und der „Dritten Partei“ . . . 22 697 Stimmen den Demokraten . . . 12 578 Stimmen

den Republikaner . . . 1 492 Stimmen den Liberalen . . . 1 482 Stimmen Die amerikanische Reaktion ist über diesen Wahlsieg der fortschrittlichen Kräfte tief bestürzt und bemüht sich, die kommunistische Gefahr noch größer an die Wand zu malen. Henry Wallace selbst sieht in dem Wahlergebnis den Beweis, daß die „Dritte Partei“ noch in diesem Jahre zur ersten Partei werden könne. Auf einer politischen Versammlung erklärte er, daß die Wahl eine Abkehr von der schroffen Außenpolitik der Regierung bedeute, und der gewählte Kandidat Isacson sprach es noch deutlicher aus: „Das amerikanische Volk lehnt ganz offen die Politik der Truman-Regierung ab, eine Politik, die abwärts und in den Krieg führt.“

KPD und Entnazifizierung

Protest gegen Umwandlung der Entnazifizierung in Justizkomödie

(EB) Die Beisitzer und Mitarbeiter der KPD in den Spruchkammern in Württemberg-Baden haben auf einer Konferenz in Obertürkheim am 21. Februar 1948 eine Entschliebung gefaßt, die folgenden Wortlaut hat:

Die KPD hat seit 1945 an der Entnazifizierung mitgearbeitet. Der Sinn dieser Mitarbeit bestand darin, die wirklich Schuldigen und Verantwortlichen an dem blutigen Hitler-Regime und der Katastrophe, die der Krieg über unser Volk gebracht hat, zu treffen. Trotz mancher Schwächen, die das Gesetz 104 aufweist, und trotz mancher Gefahren einer Renazifizierung statt Entnazifizierung, die bereits unserer 1. Parteitag im März 1946 aufgezeigt hat, haben wir in den Spruchkammern mitgearbeitet. In den vergangenen zwei Jahren hat die KPD sehr häufig die Praxis des Ministeriums für politische Befreiung unter der Leitung des ehemaligen Ministers Kamm und die Arbeit einzelner Spruchkammern sehr scharf kritisiert, da diese zum Teil eine Entwicklung förderten, die unter dem Begriff: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“ in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist.

Im Juli 1947 hat die KPD dem Landtag konkrete Vorschläge unterbreitet, um zu erreichen, daß die Sühne gegen die vom Gesetz 104 Betroffenen entsprechend der tatsächlichen Verantwortung verhängt und die ehemaligen kleinen Pgs aus dem Verfahren vor den Kammern herausgenommen werden. Trotzdem man damals unsere Vorschläge zum größten Teil abgelehnt hat, arbeiteten wir angesichts der damaligen Mitteilung des Ministeriums für politische Befreiung, daß jetzt die 8 Prozent Hauptschuldigen und Aktivisten vor die Kammer kommen, weiter mit.

Der Erlaß des Ministers für politische Befreiung vom 7. Februar 1948 stützt sich auf neue Weisungen von OMGUS Berlin, deren Durchführung vom Landtagsausschuß für Entnazifizierung am 30. Januar 1948 für die gesamte US-Zone festgelegt wurde. Die im Erlaß vorgesehenen Änderungen stehen nicht mehr im Einklang mit den bisher angewandten Grundsätzen des Gesetzes 104. Diese Änderungen sind so weitgehend, daß sie nicht auf Grund der Artikel 50 und 66 erlassen

werden können, denn der Erlaß geht weit über den Rahmen von Ausführungsvorschriften im Gesetz 104 hinaus. Er ändert grundsätzlich die seither durchgeführte Praxis.

Das Gesetz 104 wird unter dem Vorwand, daß nur noch der, juristisch gesehen, kriminelle Verbrecher betroffen werden soll, seines politischen Verhältnisses gänzlich entkleidet. Einer solchen Umwandlung der Entnazifizierung in eine Justizkomödie stehen wir entschieden ablehnend gegenüber, das um so mehr, als heute schon wieder in den Behörden des Staates ein höherer Prozentsatz ehemaliger Pgs untergebracht wurde. In der Justizverwaltung Württemberg-Badens sind das 48 Prozent und im höheren Dienst des Verkehrsministeriums 44,4 Prozent; selbst im Befreiungsministerium sitzen ehemalige Pgs.

Nachdem man zum Beginn der Entnazifizierung den ehemaligen kleinen Pgs teils hohe Sühneopfer auferlegt hat, will man jetzt die Aktivisten ohne Durchführung der für die kleinen Pgs so peinlichen Verfahren laufen lassen. Nach den neueren Erlassen sollen Betroffene nach der Gruppe 2 des Gesetzes ohne Rücksicht auf Ämter, Ränge oder Stellungen, die sie bekleidet haben, in die Gruppe 4 eingestuft werden können. Dies ist gegenüber den Massen der ehemaligen kleinen Pgs eine große Ungerechtigkeit. Die ehemaligen Führer sollen damit in dieselbe Stufe der Verantwortung eingruppiert werden, wie die Mitläufer.

Die heute versammelten Mitarbeiter und Beisitzer der KPD in den Spruchkammern sehen in dieser Aenderung des Gesetzes 104 einen Angriff auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands, denn dadurch wird es den ehemaligen Naziaktivisten noch im großen Maße möglich, in verantwortliche Stellungen des Staates und der Behörden und der Wirtschaft unterzukommen.

Die versammelten Mitarbeiter der KPD ersuchen den Landesvorstand, die Fraktion im Landtag zu beauftragen, eine Stellungnahme des Landtages herbeizuführen und jetzt nach dem Ausgang der Beratungen im Landtag zu überprüfen, ob unsere Partei sich noch weiter an der Spruchkammerarbeit beteiligen kann.

Stadt u. Land. Hand in Hand

Erfolgreiche Agrarkonferenz der KPD Württemberg-Baden

Mehr als 250 Bauern und Vertreter der Ortsgruppen hatten sich am 14. Februar zu einer Agrarkonferenz in Obertürkheim versammelt. Die Teilnehmer der Tagung verwahrten sich entschieden gegen eine gewisse Antibauernhetze bestimmter Persönlichkeiten und Parteien und stellten fest, daß die Bauernschaft in Württemberg-Baden ihrer Ablieferung im allgemeinen gut nachgekommen ist. Nicht dasselbe kann aber vom Großgrundbesitz gesagt werden. Es ist kein Zufall, daß dort, wo der Großgrundbesitz am weitesten verbreitet ist, am schlechtesten abgeliefert wurde.

Im Referat des Landtagsabgeordneten Schätzle und in der sehr lebhaften Diskussion wurden alle aktuellen Probleme der Landwirtschaft ausführlich behandelt. An Hand praktischer Beispiele wurden die unhaltbaren Preisverhältnisse, die Preissschere zwischen den Produkten der Industrie und der Landwirtschaft, aufgezeigt. Die

gegenwärtige Zwangswirtschaft und die verschiedenen, vom Wirtschaftsrat beschlossenen Gesetze wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Die Tagung unterstrich, daß Arbeiter und Bauern, die Schaffenden in Stadt und Land, zusammengehören. Junker und Großkapitalisten wollen die Lasten des verlorenen Krieges auf die Massen abwälzen. Das bedeutet Hunger und Elend für die Werktätigen der Stadt und drohenden Ruinvieler Kleinbauern. Die Bauernschaft muß sich zur Wehr setzen. Durch demokratisch gewählte Bauernausschüsse müssen sich auch die Bauern das Mitbestimmungsrecht erkämpfen.

Eine in diesem Sinne von einem Kleinbauern eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Die Konferenz war ein wirkungsvoller Auftakt für unsere Arbeit zur Schaffung der Einheit, zwischen Stadt und Land, zur Organisierung des Kampfes der Bauern gegen die Volksverderber.

Unter der Lupe

Trockenmilch wird Hühnerfutter

Unser Bericht über die „segensreiche“ Tätigkeit verschiedener Instanzen der Ernährungsbürokratie, die mit Erfolg in Mannheim einige tausend Kilo Trockenmilch der Ernährung zu entziehen versuchten, hat bei diesen Stellen eine rege Tätigkeit ausgelöst. Man sucht nämlich, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschreiben, nachdem der Tatbestand schlechthin nicht mehr zu leugnen ist.

Inzwischen nehmen wir Gelegenheit, festzustellen, daß die Firma Angelmaier durch das Versehen einer von uns befragten Polizeidienststelle in unserem Bericht zu unrecht in falscher Beleuchtung geschildert wurde. Die betreffende Firma hat uns nunmehr eindeutig nachgewiesen, daß sie rechtzeitig bei allen möglichen, vielleicht in Frage kommenden Stellen in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt und an anderen Orten interveniert hat. Damit fällt die Verantwortung für den Verderb der Trockenmilch bzw. ihre Verwendung als Hühnerfutter und Schwarzmarktware in noch stärkerem Maße auf die bürokratischen Instanzen. Wir hoffen, daß sich die Staatsanwaltschaft eingehend mit diesen ungeheuerlichen Vorgängen befaßt und zu Schlüssen kommt, die in Einklang sind mit dem gesunden Volksempfinden.

75 Tonnen Mehl verschwunden

Eine Mühle in Ostringen, Kreis Bruchsal, mußte geschlossen werden, weil sich herausstellte, daß 75 Tonnen Mehl spurlos verschwunden sind. Der Besitzer der Mühle ist der Obermeister der Müllerinnung, Bürgermeister der Gemeinde Ostringen und Landtagsabgeordnete der CDU Heintzmann, der gegen seinen Gesellen Anzeige erstattet hat. Es ist indessen schlecht denkbar, daß ein Arbeiter ohne Wissen seines Chefs 75 Tonnen, d. h. fünf volle Waggons Mehl verschwinden lassen kann. Doch die eingeleitete Untersuchung wird, so hoffen wir, volle Klarheit über diesen Vorgang bringen und das Landratsamt und der Getreidewirtschaftsverband werden die Öffentlichkeit durch die Lizenzpresse über die Vorgänge informieren. Denn wenn man die Vergehen eines Kleinbauern sofort an die große Glocke hängt, dann darf man auch die Schieberereien im großen nicht vertuschen.

Ein geschäftstüchtiger Bäckermeister!

Wie wir erfahren, wurde dem Bäcker Haag, Waldhof, Freyastraße, die Ausübung seines Gewerbes untersagt, da er unter das Brotmehl 1,5 Zentner Sägemehl gemischt hatte. Das so ausgeschundene Mehl hat er auf dem „Schwarzen Markt“ verschoben. Bemerkenswert ist, daß derselbe Bäcker schon 1946 wegen eines bei ihm festgestellten Fehlbestandes von mehreren Zentnern Mehl zu einer Geldstrafe von 5000 RM verurteilt wurde. Durch die Schließung seines Betriebes wird ihm die Möglichkeit genommen, weiter auf Kosten der Volksgesundheit seine dunklen Geschäfte zu tätigen.

Teurer Wein bei der „Europa-Union“

Am 4. Februar 1948 veranstaltete die „Europa-Union“, welche unter der Leitung des Stadtrats- und Landtagskandidaten der DVP, des „Psychologen“ Steinhorst steht, im Rosengarten einen Maskenball. Es ging dabei höchst vornehm zu. Die Flasche Wein wurde zu 45 Mk. verkauft, Eis und Kaffee waren ebenfalls zu „Schwarzmarktpreisen“ zu haben. Der Eintrittspreis zu dieser „geschlossenen“ Gesellschaft betrug nur die Kleinigkeit von 20 Mk. Das Publikum, das zum größten Teil im Smoking und Abendrobe erschien, nahm jedoch keinerlei Anstoß an diesen Kleinigkeiten.

Wir möchten die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung fragen, ob die Vorschriften über Preisgestaltung und Preisüberwachung für die „Europa-Union“ nicht gültig sind? Wenn ein Weinhandler die Flasche Wein zu 45 Mk. verkaufen würde, dann hätte er sich sofort vor dem Gericht wegen „Schwarzmarkt“ zu verantworten. Wir glauben, daß im demokratischen Staat der Grundsatz gilt: „Gleiches Recht für alle!“